



im Rat der Stadt Aurich

An die Redaktion

Hendrik Siebolds
Im Hook 15
26605 Aurich
Tel 04941/64639
Fax 04941/18709
info@siebolds.de

Aurich 01.08.18

LINKE macht Vorschläge zum Haushalt

Nach Beratung des 2. Nachtragshaushaltes steht für die Fraktion DIE LINKE fest, dass sie keinesfalls allen Sparmaßnahmen oder Gebührenerhöhungen zustimmt, die den Bürger unmittelbar treffen. Die Fraktion ist nicht bereit die Folgen einer Politik auszubaden, die sie nicht zu verantworten hat. Vor allem die Politik der großen Parteien SPD und CDU hat die jetzige finanzielle Krise maßgeblich verursacht. In der Stadt Aurich durch falsche Ausgaben für große Projekte wie z.B. das EEZ, die Stadtwerke oder die Entlastungsstraße. Auf Bundesebene sind CDU und SPD verantwortlich für die Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, das den Umsatz- und Gewerbesteuereinkbruch bei den Windanlagen-Herstellern verursacht hat.

Schon bei den letzten Haushaltsberatungen hatte die LINKE angesichts abnehmender Gewerbesteuereinnahmen vor unnötigen Ausgaben gewarnt, wie z.B. die über 1 Mio. € für den Ausbau des Stadtbades Baalje oder den unnützen Wanderweg um das EEZ. Damals war absehbar, dass einige Versprechen der Politik, wie z. B. das Feuerwehrhaus für Brockzetel, vermutlich nicht erfüllt werden könnten. Bei jetzt noch schlechterer Haushaltslage muss nun bitter abgewogen werden, welche Investitionen vorrangig oder aufschiebbar sind. Da aber solche Fehlentscheidungen nicht mehr rückgängig zu machen sind, verweigert sich die LINKEN-Fraktion nicht gänzlich der Debatte. Damit wenigstens beim Feuerwehrhaus Brockzetel Wort gehalten werden kann, schlägt die Fraktion vor, den Zuschuss der Stadt an die Auricher Hallen- und Bäder-Gesellschaft von 900.000 € einmalig auf 100.000 € zu kürzen. Diese Kürzung ist aus Rücklagen finanzierbar. Wie schon 2017 schlägt die Fraktion zudem erneut vor, die Ausgaben für die Umgestaltung des Upstalsbooms von insgesamt 275.000 € zu streichen.

Oberste Priorität hat die Daseinsvorsorge. Dazu gehören vor allem Schaffung von Wohnraum und Erziehung der Kinder. Deshalb will die LINKE an den Ausgaben für die Mensen der Ganztagschulen Wiesens und Middels festhalten. Zur Gegenfinanzierung schlägt die Fraktion widerwillig die Streichung der Ausgaben zur Sanierung des Kunstpavillons von 150.000 € vor. Zudem sollen die geplanten Ausgaben von 300.000 € für die Umgestaltung der Kreuzung Fischteichweg/Hafenstraße und von 350.000 € für einen Großventilator der Feuerwehr gestrichen werden.

Der zur Streichung vorgeschlagene Radweg Haxtumerfeld ist zwar sinnvoll, kann aber zunächst durch die probeweise Einrichtung einer Fahrradstraße kompensiert werden. Nicht verschoben werden darf die Sanierung der Popenster- und der Fockenbollwerkstraße. Besonders die Fuß- und Radwege dort sind stark frequentiert und in sehr schlechtem, z.T. sogar nicht verkehrssicherem Zustand. Bei einigen Investitionen, wie z.B. am Badensee, muss geklärt werden, ob sie noch gestoppt oder gekürzt werden können. Der Verkauf von mehr städtischen Immobilien, außer Wohnungen, muss forciert werden.

Auch für den Ergebnishaushalt hat die Fraktion schon Vorschläge. Neben der dringenden Senkung des Defizits des EEZ schlägt die LINKEN-Fraktion die Vermietung des geplanten Stadtwerkebüros in der Norder Straße an Gewerbetreibende vor. Dies bringt echte Mieteinnahmen. Die Vermietung von städtischen, gewerblichen Immobilien zu Mieten unterhalb üblicher Preise muss gestoppt werden. Weitere verdeckte Wirtschaftsförderungen wie z.B. die Nichterhebung von Anschlussgebühren an Versorgungsleitungen für neue Betriebe in Gewerbegebieten müssen hinterfragt werden.

Die bisher hoch subventionierte Markthalle darf die Stadt künftig keinen Cent kosten. Alle Kosten müssen durch Investoren und Mieteinnahmen gedeckt werden. Die LINKE favorisiert aber einen Abriss der teuren und störenden Markthalle. Auch die hohen Kosten von rund 60.000 € für den Sicherheitsdienst City-Streife können eingespart werden. Hierfür ist die Polizei zuständig. Und nach wie vor ist für die linke Fraktion die Bildung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft finanziell von enormem Vorteil; durch die Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und Einholung von günstigen Fördermitteln für den sozialen Wohnungsbau. Die Gesellschaft könnte auch die Kaserne gewinnbringend vermarkten.

Zu den Parkgebührenerhöhungen und dem Antrag auf Kürzung der Mandatsgelder wird die LINKE noch Kompromissvorschläge vorlegen. Abschließend wird die Fraktion noch mit dem Ortsverband der Linken beraten.
Ende